

nauté européenne n'entraîne une division de l'espace économique européen. Compte tenu de la législation suisse actuellement en vigueur, ces efforts se heurtent toutefois à certaines limites. Le Conseil fédéral rappelle, par exemple, les différences structurelles en matière d'imposition indirecte entre Etats membres de la Communauté européenne et la Suisse, ou la disparité des prescriptions communautaires et suisses concernant la libre circulation des personnes. Deux domaines où l'évolution, au sein des Communautés européennes, pourrait avoir un impact indirect sur les cantons frontaliers.

Malgré ces obstacles, la Suisse s'est montrée prête à entamer des pourparlers exploratoires avec les autres pays de l'AELE et la Commission des Communautés européennes, tendant à faciliter les formalités à la frontière et concernant l'harmonisation de certaines franchises douanières. Une future solution multilatérale dans ces domaines pourrait être particulièrement intéressante pour les cantons frontaliers.

3. A votre troisième question, le Conseil fédéral répond comme suit: le Conseil fédéral est de l'avis que l'Acte unique n'aura pas d'influence notable directe sur la coopération transfrontalière des régions suisses en question, celles que vous avez citées tout à l'heure. Les progrès de l'intégration des Communautés européennes n'ont pas empêché le renforcement des rapports entre les régions frontalières de la Suisse et ses pays voisins. Les efforts pour intensifier la coopération, notamment dans les domaines de la protection de l'environnement, du tourisme, des liaisons ferroviaires et routières, de la collaboration entre universités et autres institutions scientifiques se poursuivront. La Convention – cadre européenne sur la coopération transfrontalière des collectivités ou autorités territoriales ne perdra rien de sa valeur et continuera de permettre la recherche de solutions communes au problème spécifique des régions frontalières.

4. Quatrième question, quatrième réponse. Le Conseil fédéral est prêt à examiner, avec les cantons et leurs institutions de coopération transfrontalières, les problèmes qui pourraient résulter des progrès de l'intégration européenne, c'est-à-dire que nous acceptons tout à fait cette collaboration, ce dialogue.

M. Schaffter: Je remercie le président de la Confédération des réponses qu'il a apportées à mes questions. Il était bien clair aussi, dans mon esprit, qu'un grand débat ne pouvait pas s'ouvrir sur le fond de ces problèmes, la documentation nous manquant encore. D'ailleurs, ce débat sera entamé l'année prochaine, comme vous l'avez dit.

En ce qui concerne la pratique, je suis heureux d'apprendre que, de l'avis du Conseil fédéral, les organisations de coopération transfrontalière ne seront pas menacées par l'institution de l'Acte unique de la Communauté économique européenne et que nous pourrions, dans la pratique, concourir à la réalisation de certaines études.

87.046

Katastrophe von Tschernobyl. Abgeltung von Schäden

Catastrophe de Tchernobyl. Indemnités

Botschaft und Beschlussentwurf vom 15. Juni 1987 (BBI II, 1389)
Message et projet d'arrêté du 15 juin 1987 (FF II, 1409)

Antrag der Kommission
Eintreten

Proposition de la commission
Entrer en matière

Gerber, Berichterstatter: Der Reaktorunfall von Tschernobyl vom 26. April 1986 hatte zur Folge, dass beträchtliche Mengen an radioaktiven Stoffen in weiten Teilen Nord- und Westeuropas niedergingen. In der Schweiz war die Strahlendintensität in der Ostschweiz und im Kanton Tessin am grössten. Die Verstrahlung führte, obwohl keine Nahrungsmittel als konsumuntauglich erklärt wurden, zu einem veränderten Konsumverhalten und zu teilweisen Marktzusammenbrüchen. Die Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheitswesen, die auf bestimmte Risikogruppen ausgerichtet waren, sowie die Reaktionen in unserem nördlichen Nachbarland haben ihre Wirkungen auf unsere Konsumgewohnheiten nicht verfehlt. Schon bald nach dem Ereignis trafen bei der Bundesverwaltung erste Schadenmeldungen ein. Mit Schreiben vom 20. August 1986 forderte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement die Kantone auf, bis Ende September allfällige Schadenmeldungen der Bundesverwaltung zuzustellen. Es trafen hierauf Meldungen aus den Bereichen der Gemüseproduktion, des Gemüsehandels, des Milch-, Butter- und Käsehandels, der Gemüse- und Medizinalkräuterproduktion, des Vieh- und Fleischhandels, der Schaf- und Ziegenhaltung sowie aus fünfzehn weiteren Bereichen – hier ohne betragliche Bezifferung – ein.

Am 3. September 1986, nachdem Untersuchungen ergeben hatten, dass die Fische im Luganersee in beträchtlichem Umfang verstrahlt waren, erliess der Bundesrat zudem, mittels einer Verordnung, das Verbot des Fischfangs im Luganersee. Dieses Verbot ist heute noch in Kraft und trifft vor allem die 31 Berufsfischer des Luganersees.

Es stellt sich nun heute die Frage einer allfälligen Haftung für diese Schadenersatzereignisse. Vorausgreifend lässt sich sagen, dass gegenüber der Sowjetunion Verstösse gegen bilaterale oder multilaterale Vertragsbestimmungen, die eine Haftung der UdSSR begründen würden, nicht geltend gemacht werden können, weil die UdSSR jegliche Anerkennung von Schadenersatzansprüchen in Ermangelung einer ausdrücklichen vertraglichen Verpflichtung konsequent ablehnt. Nach Meinung des Bundesrates besteht nach dem Verantwortlichkeitsgesetz keine Haftpflicht des Bundes, da es insbesondere an der Widerrechtlichkeit fehlt. Schwieriger erscheint die Beurteilung einer Haftung nach dem Kernenergiehaftpflichtgesetz. Eine Haftpflicht des Bundes nach Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe d in Verbindung mit Artikel 2 des Kernenergie-Haftpflichtgesetzes ergibt zwar eine Grundlage für Entschädigungsansprüche. Nach dieser Vorschrift ist unter anderem derjenige Schaden zu ersetzen, der durch die radioaktiven, giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften von Kernmaterialien verursacht wird. Die Entschädigungsvoraussetzungen dürften für die Berufsfischer im Luganersee erfüllt sein. Weniger eindeutig ist die Rechtslage in anderen Bereichen, insbesondere beim Gemüsebau.

Eine umfassende Behandlung der Schadenfälle auf der Grundlage des Kernenergie-Haftpflichtgesetzes wäre administrativ äusserst aufwendig und könnte zu unbilligen Resultaten führen, weil je nach dem Schwergewicht der Schadensursache einzelne Geschädigte schadlos gehalten würden, währenddem andere leer ausgehen könnten.

Aus diesem Grunde schlägt der Bundesrat vor, eine Rechtsgrundlage für generelle Entschädigungen in denjenigen Bereichen zu schaffen, in denen eine Selbsttragung der Schäden unzumutbar erscheint. Die Vorlage hat also vor allem sozialpolitischen Charakter. Sie sollte rasch wirksam werden. Die Leistungen müssen den wirtschaftlich besonders schwachen Kreisen zugute kommen. Der Bundesrat beschränkt sich in seinem Entschädigungsvorschlag auf die Kleintierhaltung, die Medizinal- und Gewürzkräuterproduktion im Berggebiet und die Fischerei im Luganersee. Bei der Festlegung dieser drei Gruppen waren für ihn folgende Kriterien massgebend: die Solidarität gegenüber kleinen Unternehmen mit einem bescheidenen Einkommen, die Solidarität gegenüber Produzenten, welche ihre Produktion nicht durch Alternativprodukte ersetzen können, und die Solidarität gegenüber denjenigen, deren Existenz in Folge des Ereignisses gefährdet ist.

Für die Kommission stellte sich – nach Anhören einer Delegation der Gemüseproduzenten – die Frage, ob dieser enge, vom Bundesrat festgelegte Rahmen genüge oder ob nicht auch in anderen Produktionsbereichen Härtefälle vorliegen, die mit diesem Bundesbeschluss abgegolten werden sollten. Nach einer längeren engagierten Diskussion beschloss Ihre Kommission die Aufnahme einer Bestimmung über Härtefälle. Nach dieser kann der Bundesrat weiteren Geschädigten der Bodenproduktion einen Teil des Schadens ersetzen, sofern sie Inhaber kleiner Betriebe und in ihrer wirtschaftlichen Existenz wesentlich beeinträchtigt sind. Sollten für einen Geschädigten die nach diesem Bundesbeschluss getätigten Entschädigungen unbefriedigend ausfallen, so steht ihm weiterhin jederzeit der Rechtsweg über das Kernenergiehaftpflichtgesetz offen. Ihre Kommission beantragt Ihnen Eintreten auf diesen Bundesbeschluss und Zustimmung zu den Kommissionsanträgen.

Präsident: Im ausgeteilten Text erfolgt eine Aenderung. Anträge der Kommission: Artikel 1 Absatz 1 bleibt, der zweite Satz von Absatz 1 wird zu Absatz 2. Die Absätze 2 und 3 des bundesrätlichen Textes sind bei Artikel 1 gestrichen, weil sie in Artikel 1a erscheinen.

Zumbühl: Aus den Ausführungen unseres Kommissionspräsidenten haben Sie herausgespürt, dass diese Vorlage nicht total problemfrei ist und demzufolge in der Kommission recht viel Diskussionsstoff geliefert hat. Für mich standen besonders zwei Probleme im Vordergrund.

1. Die Rechtsgrundlage: Das Kernenergiehaftpflichtgesetz von 1983 oder die Bundesverfassung mit Artikel 31bis Absatz 2 und Absatz 3 Buchstabe b.

2. Die abgewiesene Entschädigung an die Gemüseproduzenten.

Nun meine Stellungnahme nach zwei interessanten Kommissionssitzungen:

Zum ersten Anliegen: Ich stellte in der Kommission den Antrag auf Rückweisung der Vorlage mit dem Begehren, für die Schadenregulierung solle das Kernenergiehaftpflichtgesetz als Rechtsgrundlage in Betracht gezogen werden – mit einem rechtlichen Anspruch auf Entschädigung, sofern ein Schaden nachgewiesen werden kann. Mit 6 zu 4 Stimmen wurde dieser Antrag abgewiesen. Für mich blieb ein gewisses Unbehagen, aber ich verzichte auf einen Minderheitsantrag; ich respektiere den Entscheid der Kommission. Aber trotz allem stelle ich mir die Frage – das ist wohl mein gutes Recht –: warum haben wir vor viereinhalb Jahren ein Kernenergiehaftpflichtgesetz geschaffen? Warum beruft man sich auf Artikel 31bis der Bundesverfassung? Warum werden die Schäden auf einer total sozialen Basis vergütet – man könnte auch von Almosen sprechen? Dabei besteht das Risiko, dass man Ungleichheiten schafft, weil die Verteilung mehr oder weniger aus dem Handgelenk erfolgen muss. Es bleibt aber immerhin die Hoffnung, dass die Beschwerdeführung der Gemüseproduzenten eine klare Situation herbeiführen wird.

Mein zweites Anliegen: Ich habe ebenfalls über einen Antrag versucht, die Entschädigung an die Gemüseproduzenten, soweit gerechtfertigt, in den Bundesbeschluss aufzunehmen. Mit dem Stimmenverhältnis von 5 zu 5 war auch dieser Versuch erfolglos. Aber durch den Einbau einer Härteklausele konnte diesem Anliegen Rechnung getragen werden. Die Kommission konnte sich mehrheitlich einer solchen Lösung anschliessen. Dadurch soll es möglich werden, dass auch die Gemüseproduzenten – oder andere, soweit angezeigt – zu ihrem Recht kommen.

Gestatten Sie mir, dass ich den Bundesrat daran erinnere – ich bin zwar überzeugt, dass er das bereits schon weiss –, dass die Gemüseproduzenten in der grossen Mehrheit nicht zu den Grossverdienern unseres Landes gehören, sondern eher mit Kleinbauern zu vergleichen sind, und dass sie ihr Gemüse ohne Preisgarantie und dem Wetterrisiko ausgesetzt produzieren. Für sie bedeutet die Giftwolke von Tschernobyl eine harte Prüfung mit all ihren unheilvollen

Auswirkungen. Wenn man glaubt, wegen fehlenden völkerrechtlichen Vereinbarungen wolle oder müsse man auf einen Rückgriff auf den Verursacher (Sowjetunion) verzichten, dann sollte dies nicht auf dem Buckel der Geschädigten geschehen.

Bei dieser Diskussion um die Entschädigungsfrage darf auch die politische Seite nicht ausser acht gelassen werden. Die rechtlich sozialen Aspekte in Ehren, aber eine bestimmte Gruppe unserer Bürger würde sich freuen, wenn sie aus dem Feilschen und Markten und aus einer engstirnigen Haltung des Bundesrates in Sachen Entschädigung Kapital schlagen könnte. Ich sage mir deshalb heute: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Ich stimme für Eintreten, und ich stimme auch für die Vorlage, so wie sie die Kommission präsentiert. Ich bitte auch Sie, den Anträgen der Kommission zu folgen.

Iten: Die Ausführungen von Norbert Zumbühl haben meine volle Sympathie. In der Kommission stellte er, wie vorhin gesagt, den Rückweisungsantrag in der Meinung, man solle die Schäden inklusive diejenigen der Gemüseproduzenten nach dem Kernenergiehaftpflichtgesetz beurteilen und begleichen. Das wäre auch nach meiner Meinung richtig gewesen. Das Departement hätte sich darauf abstützen, mutige Entscheide treffen und grosszügig die Schäden ersetzen können. So hätten wir uns mit dieser Frage hier nicht zu beschäftigen gehabt. Kein Parlamentarier hätte dem Bundesrat Vorwürfe gemacht. In der Bundesrepublik sind zum Beispiel die Gemüseproduzenten unter dem Artikel 16 KHG entsprechenden Artikel 38 des deutschen Atomgesetzes entschädigt worden. Ich bin enttäuscht, dass wir bei uns nicht grosszügiger handeln und mit den Geschädigten nicht generöser umgehen. Die Juristen meinten, die gleiche Entschädigungsart wie in der Bundesrepublik Deutschland wäre ein «Sündenfall», weil bei den Gemüseproduzenten und ihren Schäden der Kausalzusammenhang mit Tschernobyl nicht gegeben sei.

Auf Anfrage hin führte Dr. Stampfli in der Kommission, ähnlich wie in der Botschaft auf Seite 4 zu lesen ist, folgendes aus:

«Ein Geschädigter kann durchaus beim Bund Entschädigung, gestützt auf das Kernenergiehaftpflichtgesetz, verlangen, auch wenn das Ereignis im Ausland stattfand. Es muss aber ein Nuklearschaden im Sinne von Artikel 2 des KHG vorliegen. *In concreto* ist fraglich, wieweit die Schäden unmittelbare Folge der Katastrophe von Tschernobyl sind und wieweit sie eben nicht vielmehr vorab durch den Wirbel in der Presse und die Reaktionen im Ausland hervorgerufen wurden.»

Diese Argumentation ist für mich nicht schlüssig. Damit die Presse Wirbel machen kann, brauchte es Tschernobyl, und damit die Verwirrung in der Bevölkerung entstehen konnte, brauchte es auch die verwirlichen Verlautbarungen der Eidgenössischen Kommission für AC-Schutz. Professor Rausch hat sie zusammengestellt. Ich zitiere:

«In einer ersten Phase (Pressemitteilungen 1-4) wurde in genereller Weise eine Gefahr radioaktiver Verstrahlung durch die Einnahme von Nahrungsmitteln signalisiert. Die darauf einsetzenden eigentlichen Empfehlungen bezogen sich zunächst auf frisches Gemüse, dann auf Salat und Frischgemüse, dann auf den Konsum von Freilandblattgemüse durch bestimmte Personengruppen, dann wieder auf Gemüse schlechthin, dann auf den Konsum von Freilandprodukten wie Salat. Dass der Konsum von Gemüse aus Gewächshäusern und Folientunnels unbedenklich ist, liess sich erst der siebenten Pressemitteilung entnehmen, nachdem die vorangegangenen Communiqués den Eindruck geschaffen hatten, nur der Konsum von Konservengemüse sei unbedenklich. Diese Verlautbarungen und Empfehlungen steuerten das Kauf- und Konsumverhalten, so dass die Folgerung der Schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft in einem Brief: 'Diese Warnungen führten zu einer Aenderung des Konsumverhaltens der ganzen Bevölkerung. In der Folge brach der Markt für Frischgemüse dann praktisch vollständig zusammen.', berechtigt ist.»

Daraus darf doch ein Kausalzusammenhang abgeleitet werden. Man kann feststellen, dass die Vorlage des Bundesrates nicht logisch ist. Man kann nicht einerseits die Unverkäuflichkeit von Medizinal- und Gewürzkräutern und Zicklein Tschernobyl zuschreiben und andererseits für die Unverkäuflichkeit von Salat und Gemüse den Kausalzusammenhang mit Tschernobyl verneinen. Darum bin ich für die Ausweitung des Beschlusses auf weitere Geschädigte der Bodenproduktion, bin aber zugleich der Auffassung, dass der neue Artikel 7a viel zu restriktiv formuliert ist. Ich erwarte, dass der Nationalrat ihn öffnet, so dass er in Einklang mit den Artikeln der Abschnitte 2, 3 und 4 steht. Der Zweck meines Votums aber ist letztlich der, den Bundesrat zu ermuntern, sich bei einem ähnlichen Fall, den Gott verhüten möge, auf das Kernenergiehaftungsgesetz zu stützen und sich nicht zu winden und zu drehen. Bei einer Katastrophe wie Tschernobyl sollten wir nicht sagen, den geschädigten Produzenten seien eben gewisse Schäden zuzumuten. Tschernobyl ist kein Naturereignis, sondern eine menschlich-technische Katastrophe. Es muss das Rechtsempfinden der Bürger empfindlich stören, wenn wir sagen, den kleinen Betrieben seien gewisse Schäden eben zuzumuten.

Weber: «Tschernobyl» hat mit einer Deutlichkeit sondergleichen aufgezeigt, dass künftig neben den bekannten möglichen Katastrophen wie Seuchenkrankheiten, Sturm, Wasser, Feuer, Krieg eine neue Art Katastrophe sehr wohl möglich ist. Während die erstgenannten alten Arten lokalisiert werden können und diesen auch mit mehr oder weniger Erfolg begegnet werden kann, kennt eine Atomkatastrophe keine Grenzen, geographisch nicht und zeitlich nicht. Es gibt schuldige und unschuldige Opfer. Wind und Wolken können die Seuche über die ganze Welt verbreiten. Kind und KindsKinder können darunter Jahrzehnte oder länger leiden müssen.

Wie komplex die Anstrengungen, Schäden daraus gutzumachen, sind, wenn überhaupt ein Gutmachen möglich ist, geht daraus hervor, dass z. B. mit dem Kernenergiehaftpflichtgesetz eine neue Art Haftpflichtbegriff geschaffen wurde, auch daraus, wie Juristen sich heute streiten, inwiefern und inwieweit, wenn überhaupt, die Bestimmungen dieses Kernenergiehaftpflichtgesetzes in unserem aktuellen Fall zum Tragen kommen könnten. Eigentlich müsste man alle Geschädigten auf den Rechtsweg verweisen können und ihre Schadenersatzforderungen über das Kernenergiehaftpflichtgesetz anhängig machen lassen. Das würde bedeuten, die Uebung mit dem vorliegenden Bundesbeschluss abzubrechen.

Wir wissen es – der Kommissionspräsident hat die Situation richtig dargelegt -: Für gewisse Kreise ist Hilfe dringend, und jahrelange Gerichtsverfahren könnten für sie existenzgefährdend werden. Deshalb bin ich für Eintreten und glaube, die durch unsere Kommission modifizierte und erweiterte Vorlage verdiene die Unterstützung des Rates.

Ich möchte einen ersten Vorbehalt anbringen: Der durch die Vorlage geschaffene Rechtsanspruch darf andere und weitere Klagen, zum Beispiel über das Kernenergiehaftpflichtgesetz, nicht ausschliessen.

Ich glaube, diese Möglichkeit wird im neuen Artikel 1a Absatz 2 sichtbar.

Ein zweiter Vorbehalt: Ich lasse die Auffassung nie und nimmer gelten, wie sie auf Seite 4 der Botschaft zum Ausdruck gebracht wird oder wie sie in der Kommission durch die Juristen der Verwaltung dargelegt wurde, dass Schäden, die nicht direkt oder nicht nur durch die Radioaktivität verursacht wurden, nicht entschädigungsberechtigt seien. Herr Iten hat bereits eine Aussage von Herrn Dr. Stampfli zitiert. Ich verweise aber darauf, dass auch in der Botschaft die gleiche Auffassung zur Darstellung gebracht wurde. Ich zitiere auf Seite 4: «Die Entschädigungsvoraussetzungen dürften für die Berufsfischer des Luganersees erfüllt sein. Weniger eindeutig ist die Rechtslage in andern Bereichen, besonders beim Gemüse. Die Hauptfrage ist hier, ob die Verkaufseinbussen noch als adäquate Folge des Austritts

von Radioaktivität anzusehen sind oder nicht. Das Gemüse konnte nämlich, unter Einhaltung der vom Bund empfohlenen Vorsichtsmassnahmen, ohne jegliche Gesundheitsgefährdung konsumiert werden. Der Konsumrückgang war in diesen Fällen weniger auf die Verstrahlung denn auf eine übertriebene Reaktion der Konsumenten auf die in- und ausländischen Empfehlungen sowie Medieninformationen zurückzuführen.»

Ich will nicht von der mangelhaften Information der Bundesstellen im Zusammenhang mit «Tschernobyl» sprechen. Ich bitte, auch Verständnis zu haben für das angstbedingte Verhalten der Konsumenten. Die Frage bleibt offen, was geschehen wäre, wenn ungeprüfte, wirklich verseuchte Gemüse konsumiert worden wären. Mit dem neuen Absatz 2 in Artikel 1 hat man sich etwas von der soeben erwähnten Auffassung des Bundesrates abgewendet und lässt es dem Bundesrat offen, bei Härtefällen auch hier einen Rechtsanspruch anzuerkennen, insofern der Bundesbeschluss zum Tragen kommt.

Ein dritter Vorbehalt: Ich wehre mich gegen irreführende Darstellungen in Botschaften an die Räte. Auf Seite 6 der Botschaft steht: «Der von den Gemüseproduzenten geltend gemachte Schaden von 9 754 000 Franken macht knapp 3,5 Prozent des jährlichen Endrohertrages des Gemüsebaus aus. (Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den von den Experten der Hagelversicherung erhobenen 3 057 000 Fr., aufgerechnet mit Faktoren für Mehrwert beim Hektarertrag und für vorzeitige Preiszusammenbrüche. An der Delegiertenversammlung vom 16. Mai 1987 beschloss der Gemüseproduzentenverband, die Forderung ohne theoretische Aufrechnung zu formulieren und auf rund 3 Mio. Fr. zu reduzieren, was noch knapp 1,1 Prozent des jährlichen Endrohertrages des Gemüsebaus entspricht.)»

Man bagatellisiert also hier die Schäden. Die Botschaft verschweigt nämlich, dass der erwähnte Endrohertrag jener von 11 000 Gemüseproduzenten ist, der durch die Hagelversicherungs-Fachleute ermittelte Schaden aber von 268 Geschädigten ermittelt worden ist. Nicht 1,1 Prozent wird der Schaden, gemessen am Endrohertrag des einzelnen Betriebes, sein; er kann sehr wohl viel höher sein.

Noch ein vierter, bedingter Vorbehalt: Die Meinung, es sei zumutbar, dass Schäden in gewissem Umfang vom Geschädigten getragen werden, mag bei Naturkatastrophen zulässig sein. Von Menschen gemachte Katastrophen, auch wenn sie nicht gewollt waren, gleich zu beurteilen, ist mehr als gefährlich. Wo kämen wir da in andern Bereichen hin? Dann hätte es wohl auch keinen Sinn gehabt, ein Kernenergiehaftpflichtgesetz zu schaffen.

Die von der Kommission erarbeitete Lösung mag noch Fehler haben; immerhin kommt aber die nationalrätliche Kommission noch zum Zuge und der Nationalrat selber auch.

Ich habe heute morgen noch mit Herrn Nationalrat Professor Bäumlin sprechen können. Er findet unsern Weg richtig. Er ist natürlich nur eine Stimme, aber er ist Mitglied der Kommission und hat sich des Geschäftes sehr eingehend angenommen.

Ich bitte, wie die Vorredner, um Zustimmung zu der von der Kommission vorgelegten Fassung.

Hefti: Aus den einführenden Worten meines Vorredners könnte man entnehmen, er sei immer noch der Auffassung, «Tschernobyl» sei überall. Das trifft nun aber sicher seit den Darlegungen der russischen Delegation vor gut einem Jahr in Wien nicht zu. Das müssen wir festhalten. Es fällt mir auf, wie wenig diese Erkenntnisse von Wien, die sich ja auf die russischen Erklärungen stützen, in unserer Volke verbreitet sind. Es scheint mir, dass hier namentlich unsere Monopollmedien ihrem Informationsauftrag nicht genügend nachgekommen sind.

Was haben wir hier? Wir haben eine grenzüberschreitende, unzulässige Einwirkung seitens der Sowjetunion u. a. auch auf die Schweiz. Das ist völkerrechtlich nicht zulässig und verpflichtet völkerrechtlich zu Schadenersatz, und zwar aufgrund des Völkerrechts, nicht aufgrund eines speziellen Vertrages.

Ich frage den Bundesrat: Was hat er in dieser Hinsicht bis jetzt gegenüber der Sowjetunion vorgekehrt?

M. Flückiger: J'ai lu attentivement le message du Conseil fédéral, notamment en ce qui concerne l'appréciation juridique de la responsabilité de l'Union soviétique. J'ai relevé que le Comité d'experts sur le droit international public du Conseil de l'Europe examinera les incidences de la catastrophe de Tchernobyl sous l'aspect du droit international public. On admet qu'il faudra régler, par de nouveaux instruments juridiques, le problème des responsabilités lors de tels accidents et ceci en dehors des conventions existantes auxquelles au demeurant l'URSS n'est pas partie.

Je prétends que c'est en tout cas un peu court. Implicitement cela signifie que la Suisse a renoncé à engager auprès de l'Union soviétique des représentations visant à obtenir un dédommagement. Or, notre opinion publique s'étonne de constater que lorsqu'une entreprise chimique bâloise pollue le Rhin par accident, les factures des riverains français, allemand et hollandais lui arrivent, si j'ose dire, par retour du courrier. Et l'entreprise s'exécute. Elle paie. On pourrait donc s'attendre à l'application du principe de la réciprocité, l'analogie entre l'une et l'autre des pollutions, sinon dans leur origine du moins dans leurs effets, étant évidente. Or, encore une fois, il semble – je dis bien il semble – que la «personnalité» de l'URSS ait découragé notre gouvernement comme d'ailleurs ceux de l'Europe de l'Ouest.

Alors, à tout le moins, il m'apparaît que nous aurions dû, dans le corps de l'arrêté qui nous est soumis, réserver l'action récursoire de la Confédération à l'égard de l'Union soviétique. Même hautement symbolique, une telle réserve aurait eu pour elle l'avantage de sauvegarder une forme de morale internationale, si ces termes ont encore une signification, morale que la Suisse n'a pas le droit de renoncer à invoquer et à défendre.

Je ne voulais pas résister au désir de vous faire part de ces quelques réflexions même si elles ne peuvent, et pour cause, être suivies d'effet pratique.

Maintenant sur le fond et en conclusion, je voterai l'arrêté parce qu'il correspond à la solidarité que la Confédération se doit de manifester à l'égard des personnes lésées qui n'appartiennent pas, nous l'avons vu, aux classes aisées de notre population.

Frau Bühner: Ich stehe dieser Vorlage sehr positiv gegenüber. Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass wir insbesondere den wirtschaftlich schwächeren Betroffenen helfen. Es ist ein Akt der Solidarität. Ich bin selbstverständlich für eine grosszügige Lösung.

Mit diesem Bundesbeschluss über die Leistungen an die Geschädigten der Katastrophe von Tschernobyl gehen wir gewissermassen zur Tagesordnung über. Wir leisten einen Beitrag an die Bewältigung dieser Katastrophe. Wir sollten dies aber nicht tun, ohne uns ein paar Fragen zu stellen.

Eine erste Frage: Wann werden wir das nächste Mal nach einem solchen Ereignis zur Tagesordnung übergehen? Wie oft können wir noch nach einem solchen Ereignis zur Tagesordnung übergehen?

Radioaktivität lässt sich auf keine Art und Weise durch unser Zutun aus der Welt schaffen. Die radioaktiven Stoffe zerfallen streng nach Gesetzmässigkeit; dieser Prozess lässt sich nicht beschleunigen und nicht bremsen. Wenn sich die Stoffe in der Nahrungskette befinden, wirken sie krebserregend, erbgutschädigend, und dies unter Umständen während Tausenden von Jahren.

Der Bundesrat schreibt zu den Folgen des Unfalls von Tschernobyl auf Seite 3 der Botschaft: «Dabei entwichen beträchtliche Mengen an radioaktiven Stoffen, die in der Folge in weiten Teilen Nord- und Westeuropas niedergingen.»

Diese Aussage ist richtig; sie ist aber nicht ganz exakt. Von den beträchtlichen Mengen an radioaktiven Stoffen gingen verteilt auf ganz Westeuropa nur einige wenige hundert Gramm nieder, und davon auf die Schweiz ein winziger Bruchteil. «Tschernobyl» war für uns also ein kleines Ereignis,

und trotzdem sind die Fische im Luganersee noch immer ungeniessbar, und die Botschaft sagt, es sei zurzeit ungewiss, wie lange der Fischfang im Luganersee noch verboten bleibe. Das sind harte Tatsachen.

Es lohnt sich, sich einen Augenblick lang zu vergegenwärtigen, dass ein Ereignis weit jenseits unserer Grenzen, jenseits unserer Verantwortung und jenseits unseres Einflusses, von dem wir nur gerade gestreift wurden, uns nachhaltig zu schaffen macht, und das noch Jahre nach dem Ereignis, wie diese Vorlage zeigt. Der Erkenntnis, dass wir solchen Ereignissen machtlos ausgeliefert sind, muss die Frage folgen: Was tun wir, wenn in einem französischen oder englischen Kernkraftwerk etwas passiert und uns ganz und gar ungünstige Westwinde zu Hauptbetroffenen machen? Oder sind Sie sicher, dass ein solches Ereignis dort nicht eintreten kann?

Die Botschaft trägt solchen Fragen Rechnung. Sie schliesst offenbar weitere solche Unfälle nicht aus. Sie weist darauf hin, dass sich der Europarat und die Internationale Atomenergieorganisation mit den völkerrechtlichen Aspekten solcher Unfälle befassen. Ich zitiere aus der Botschaft:

«Die Mitgliedstaaten sehen, dass es unumgänglich ist, mit neuen rechtlichen Instrumenten die Probleme der Verantwortlichkeit bei solchen Unfällen zu regeln.»

Das tönt beruhigend. Nur, was bringt die Feststellung der Verantwortlichkeiten, wenn die Schäden schlicht unbezahlbar sind, wenn z. B. die Böden auf Jahre hinaus verstrahlt sind und das Trinkwasser verseucht ist? Die Rentierzüchter Lapplands sind jedenfalls gründlich ruiniert.

Ich trage Ihnen diese Gedanken nicht vor, weil ich mir in der Rolle der Cassandra besonders gefalle, sondern weil ich überzeugt bin, dass wir Grund zur Beunruhigung haben, und dies möchte ich Ihnen darlegen.

Die Atomkraftwerke auf der ganzen Welt kommen in die Jahre. Man rechnet mit einer Betriebsdauer von rund 30 bis 40 Jahren. Reiche Industrienationen werden ihre Werke – wie die Schweiz dies tut – bis zuletzt stets auf einem hohen Sicherheitsstand halten. Wir werden also dereinst optimal funktionstüchtige Anlagen eines Tages abstellen. Glauben Sie, dass in Ländern mit erheblichen ökonomischen Schwierigkeiten, wie z. B. in den Ostblockstaaten, dasselbe geschehen wird? Sicher nicht. Das heisst, die Risiken werden in den nächsten Jahren erheblich wachsen. Wir müssen uns darauf gefasst machen, dass uns die Schatten weiterer «Tschernobyls» zu treuen Begleitern werden.

Zurück auf meine eingangs gestellte Frage: Wie oft können wir nach solchen Ereignissen noch zur Tagesordnung übergehen? Eines Tages werden wir dies nicht mehr tun können, weil wir uns gewahr werden, dass die Erde verseucht ist und die Nahrungsmittel für lange Zeit konsumuntauglich sind. Eine strahlende Zukunft! Diese Gedanken drängten sich mir im Zusammenhang mit dieser Vorlage auf.

Gadient: Während der Erläuterungen des Herrn Kommissionspräsidenten und seinen kritischen Hinweisen auf die sich ergebende Rechtslage, welche die Notwendigkeit des vorliegenden Bundesbeschlusses dokumentiert, ist für mich deutlich geworden, dass wir Grundsatzbestimmungen schaffen sollten, die im Katastrophenfalle eine zeitgerechte, zügige Intervention sichern.

Ich befürworte die vorliegende *lex* Tschernobyl und bin froh, dass wir auf diese Art und Weise die Möglichkeit erhalten, den Betroffenen entstandenen Schaden auszugleichen. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang doch anregen, dass der Bundesrat prüft, ob nicht für vergleichbare Fälle anwendbare Rechtsgrundlagen zu schaffen sind, die vor allem ein einfaches, unkompliziertes und rasches Verfahren sicherstellen. Die Voten der Herren Zumbühl und Weber scheinen mir ebenfalls in diese Richtung zu gehen. Das könnte durchaus über eine Ergänzung des Kernenergiehaftpflichtgesetzes geschehen, wobei allerdings auch die Verfassungsgrundlage überprüft werden müsste. Wenn Sie nämlich die recht kurzen Ausführungen auf Seite 10 oben der Botschaft lesen, erkennen Sie bald einmal, dass die hier zitierten Bestimmungen nicht so vollends überzeugen. Der

Bundesbeschluss stützt sich für den Bereich der Fischerei auf Artikel 31bis Absatz 2 BV, wonach der Bund befugt ist, Vorschriften zu erlassen zur Förderung und Erhaltung einzelner Wirtschaftszweige, und für die Bereiche Kleintierhaltung, Medizinal- und Gewürzkräuterproduktion auf Artikel 31bis Absatz 3 Buchstabe b BV, wonach der Bund Vorschriften zur Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer leistungsfähigen Landwirtschaft erlassen kann. Die Zielrichtung dieser Bestimmungen ist im Kern doch eine etwas andere.

Deshalb meine Auffassung, dass man in diesem Zusammenhang auch die Verfassungsfrage überprüfen sollte. Die Zuständigkeit scheint mir, auch nach einem soeben mit Herrn Kollege Aubert geführten Gespräch, eher in der Natur der Sache zu liegen, weil es Aufgabe dieses Staates sein muss, in solchen Fällen Solidarität zu üben, wie das soeben betont worden ist, und dort staatlich einzustehen, wo einzelne unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger einen unverhältnismässigen Schaden erleiden müssen, der sie in eine materielle Notlage bringen würde.

Die vorsorgliche Schaffung klarer Rechtsgrundlagen, die ein zügiges und unkompliziertes Verfahren gewährleisten sollen, scheint mir angezeigt. Deshalb möchte ich den Bundesrat höflich bitten, meine hier spontan eingebrachte Anregung zu prüfen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: A la suite de la catastrophe de Tchernobyl, la Confédération a pris une seule décision formelle d'interdiction de commercialisation de produits contaminés. Cette disposition, c'est l'ordonnance du Conseil fédéral sur l'interdiction de la pêche dans le lac du Lugano, ordonnance prise le 3 septembre de l'année dernière et, au demeurant, encore en vigueur aujourd'hui. Alors nous disons, pour commencer par cette catégorie, qu'à bon droit les pêcheurs du Ceresio peuvent se prévaloir de la loi sur la responsabilité civile en matière nucléaire, que le Parlement a votée en 1983 et peuvent obtenir de la Confédération réparation du manque-à-gagner. Nous aurions donc pu faire l'économie de cette catégorie de bénéficiaires de notre aide, les pêcheurs du Ceresio, dans l'arrêté et laisser jouer les procédures ordinaires d'application de la loi sur la responsabilité civile en matière nucléaire. Nous ne l'avons pas fait et nous avons bel et bien inscrit les pêcheurs du Ceresio dans le projet d'arrêté que nous vous soumettons pour une raison de simplification de la procédure. Au lieu d'attendre de chacun qu'il fasse les démarches auprès de l'administration, voire auprès de l'ordre judiciaire, en l'occurrence la Cour suprême de Berne, et que chacun poursuive ainsi une procédure pour obtenir la couverture du manque-à-gagner, il nous a paru beaucoup plus facile et aussi beaucoup plus ouvert de la part de la Confédération, de les mettre spontanément – si vous votez l'arrêté – au bénéfice de ces prestations en réparation que nous avons décidées.

Voilà l'explication de la présence dans cet arrêté d'une catégorie de bénéficiaires qui auraient pu revendiquer réparation par d'autres voies, mais ces voies, encore une fois, étaient plus compliquées.

Pour les autres produits maintenant, nous devons constater que, pour aucun d'entre eux, il n'y a eu quelque décision formelle de la part de la Confédération que ce soit visant à interdire la commercialisation de ces autres produits. En réalité, il y a eu des recommandations de limiter telle ou telle consommation pendant une certaine période ou de prendre des précautions particulières, tel que le lavage à l'eau de certains produits alimentaires, qui ont été très largement propagées sur nos ondes et qui ont pu pousser un certain nombre de consommateurs, prenant des mesures de sécurité de leur côté, à renoncer pendant un certain temps à l'usage de tel ou tel produit. Il y a eu surtout une très grande émotion, créée dans notre pays par les informations parvenues chez nous, via le canal de la télévision allemande, en particulier. Cette télévision avait à renseigner son opinion publique qui était placée dans une situation de base tout à fait différente de celle dans laquelle nous nous trouvons et

qui avait réellement un fléau à conjurer: le degré de très haute toxicité et de radiation que certains produits agricoles en particulier avaient atteint en République fédérale d'Allemagne ainsi qu'en Autriche d'ailleurs.

L'on peut dire sans se tromper qu'une partie importante de l'émotion qu'ont ressentie les Suisses est consécutive à ces informations données sur un ton d'alarme beaucoup plus élevé et somme toute justifiées par la télévision allemande. Mais en aucun cas, il ne s'est agi, en ce qui concerne ces produits, de prescriptions de la Confédération qui en aurait interdit la commercialisation ou même la production.

Dès lors et après avoir examiné très attentivement la question, le Conseil fédéral, sur préavis du Département des finances, qui est le département compétent en cette matière, a reconnu que la loi sur la responsabilité civile en matière nucléaire, applicable aux pêcheurs du Ceresio, n'était applicable, en l'espèce, à aucune autre catégorie de producteurs agricoles. Les maraîchers ne l'ont pas entendu de cette oreille et comme vous le savez, ils ont fait usage des voies de droit qu'ouvre cette loi et sont intervenus auprès de la Cour suprême de Berne qui n'a pas encore statué sur leur demande.

Mais l'opinion du Conseil fédéral sur ce point est claire et nette s'agissant de l'impossibilité d'appliquer en l'espèce les dispositions de la loi sur la responsabilité civile en matière nucléaire.

C'est ici, Monsieur Iten, que l'on peut noter une différence fondamentale entre la situation allemande et la situation suisse que vous avez comparées, et qui vous a conduit à opposer la générosité «Grosszügigkeit» de l'autorité allemande à l'esprit plutôt réservé, pour ne pas dire «rapace» du Conseil fédéral suisse. Nous sommes en présence de deux situations fondamentalement différentes. D'abord, je le répète, le degré de contamination et de radiation était incomparablement plus élevé en Allemagne. Ensuite et surtout, l'autorité politique allemande a donné l'ordre aux producteurs de labourer totalement leurs champs. Elle a donné cet ordre, justifié sans doute par l'étendue du mal, et dès ce moment, il était tout à fait légitime que jouent pleinement les procédures d'indemnisation et de réparation. Un tel ordre n'a jamais été donné à aucun endroit et à aucun moment dans notre pays, indépendamment du fait que les législations allemande et suisse sont en elles-mêmes différentes et conduisent dès lors inévitablement à des applications différentes, ce qui est encore un autre aspect du problème.

Je résume sur ce point: impossibilité d'appliquer la loi sur la responsabilité civile en matière nucléaire, hormis aux pêcheurs de ces régions. Je signale en passant, Madame Bühler, car cela montre bien la relativité des points de vue, que si ces pêcheurs sont suisses, ils sont frappés de cette interdiction maintenant encore, alors que leurs collègues italiens du même lac, pêchant probablement les mêmes poissons, n'ont été en aucun moment frappés d'une interdiction, les autorités italiennes jugeant selon des critères sans doute plus larges que les suisses.

Or il y a le droit; il y a aussi les faits; ceux qui sont apparus lors de l'enquête très minutieuse que nous avons conduite, et qui a exigé un certain temps, auprès de tous les producteurs agricoles, et notamment auprès des maraîchers. Ce sont les experts de l'assurance-grêle, rompus à ce type de travail et d'expertise, qui ont été chargés de renseigner le Conseil fédéral. On a dû constater qu'il y avait un nombre restreint d'entreprises qui, bien que ne pouvant bénéficier, pour les raisons que j'ai données, de la loi sur la responsabilité civile en matière nucléaire, se trouvaient, du fait de Tchernobyl, en situation évidemment difficile. Il était dès lors indispensable de trouver, pour ces exploitations, profondément touchées dans leur existence même, en dehors de la loi sur la responsabilité civile, un moyen de leur apporter la solidarité que la Confédération doit à ceux qui, momentanément ou durablement, se trouvent en situation extraordinaire et dont l'existence même est menacée.

C'est sur la base de cette volonté de solidarité et au vu des rapports qui nous ont été fournis par les experts, après des mois de travail sur le terrain, que la Confédération a imaginé

de venir en aide à des entreprises profondément touchées par l'accident de Tchernobyl. A cette fin, elle a établi trois critères. Le premier est qu'il doit s'agir de petites entreprises, dont les revenus sont modestes et l'exploitation beaucoup plus fragile que celle des entreprises de plus grande dimension. Ensuite, il doit s'agir d'entreprises dont la production touchée par les effets de Tchernobyl n'est pas substituable, ne peut pas donner lieu à une autre production, consécutive ou intervenant peu après, permettant de combler totalement ou partiellement au moins le manque à gagner. Enfin, il doit s'agir d'entreprises dont l'existence est réellement en péril.

L'étude faite, lorsque l'on applique ces critères d'une manière rigoureuse – je ne dis pas étriquée, Monsieur Iten, je dis rigoureuse – démontre que l'on arrive à déceler, outre les pêcheurs, les détenteurs de menu bétail et les producteurs de plantes médicinales et aromatiques en altitude. En effet, il s'agit de petites entreprises; il n'y en a pratiquement pas de grosses. Il s'agit d'entreprises dont la mobilité technique est extrêmement limitée, de sorte qu'elles ne peuvent pas remplacer une production atteinte par une autre. Là enfin, se situent un certain nombre d'entreprises dont le sort est réellement menacé si nous ne leur apportons pas ce coup d'épaule solidaire qui leur est nécessaire.

Ainsi conçu, le message du Conseil fédéral, tel qu'il vous est présenté, est équilibré, mesuré et vise à l'essentiel. Si l'on avait prétendu y ajouter les producteurs de légumes, en particulier, je pense alors que l'on aurait fait une très mauvaise démarche, d'abord parce qu'on aurait complètement transformé le cadre, l'intention, la philosophie de ce message. Je le répète, aucune entreprise de producteur de légumes, de maraîcher, ne correspond réellement aux trois critères que j'ai énumérés. D'ailleurs les chiffres généraux que l'on enregistre pour la production maraîchère de 1986 l'attestent. S'il y a eu quatre semaines difficiles, soit de la vingtième à la vingt-troisième, le reste de la production précédant et suivant cette date est supérieur à la moyenne. Au total, à quelques rares exceptions près, les maraîchers ne se sont pas trouvés profondément atteints dans leurs revenus, si l'on compare les comptes 1986 à ceux qui précèdent. On aurait donc, en englobant les maraîchers dans cet arrêté, touché une tout autre catégorie que celles que nous voulons atteindre. On aurait dû appliquer d'autres critères que les trois que j'ai énumérés, et l'on serait parti sur des chemins d'aventure.

En introduisant une exception pour les maraîchers, rien ne justifiait plus alors que nous limitions cet effort supplémentaire aux seuls maraîchers. Les marchands de bétail, les producteurs de lait, les laitiers et les fromagers auraient alors pu se réclamer, avec la même légitimité, d'une demande en réparation. Ils auraient pu démontrer qu'ils avaient aussi été atteints dans leur vif par les effets de Tchernobyl. On aurait même pu imaginer, car certains sont venus faire semblable demande à l'administration, que des hôteliers, constatant que l'effet Tchernobyl avait été dissuasif pour beaucoup de clients potentiels durant la saison estivale de 1986, ne se prévalent du privilège fait aux maraîchers pour demander à leur tour réparation à la Confédération. Nous aurions pris une direction tout à fait étrangère à ce que nous voulons, vous et nous, et nous aurions fait un très grand pas en direction d'une future couverture absolue, garantie, de tous les risques possibles et imaginables, tout ce qui n'est pas assuré étant bien entendu, dans cette philosophie-là, forcément à la charge de la Confédération. Nous croyons que là n'est pas l'enjeu et que là ne se situe pas notre responsabilité morale, qui doit être limitée à des cas véritablement dignes de notre solidarité et, je le répète, de notre coup d'épaule, les maraîchers, quant à eux, intervenant par les voies du droit que les décisions du Parlement de 1983 lui ont ouvertes. Cela est de leur compétence et de la compétence de l'ordre judiciaire bernois.

C'est alors que votre commission, après de longs travaux, a abouti à une solution faisant intervenir, en supplément des cas envisagés par le Conseil fédéral, des cas de rigueur. Le Conseil fédéral, qui n'avait pas proposé de tels cas parce

que, encore une fois, l'enquête rigoureuse qu'il a conduite ne lui semblait pas justifier de tels cas, ne s'y opposera pas aujourd'hui. Une telle disposition permettra peut-être, en effet, au Conseil fédéral, en dehors des trois catégories désignées dans le message et dans l'arrêté, de prendre en compte des cas tout à fait exceptionnels. Si je ne m'oppose nullement à cette disposition, je veux bien imaginer qu'elle représentera, dans son application, un travail considérable de la part de l'administration. Après tout, l'administration fédérale est bien là pour travailler, et ce n'est pas la crainte de la voir travailler qui me retiens! Je veux dire que l'analyse des cas exceptionnels, si on veut la conduire avec la même rigueur que ce qui est dit dans le corps de l'arrêté, pour les autres catégories cette analyse prendra du temps, exigera de minutieuses enquêtes, et il y a à parier qu'il y aura quelque disproportion entre le nombre des cas analysés ou présentés, d'une part, et, d'autre part, le nombre des cas sur lesquels il sera réellement possible d'entrer en matière. De surcroît, j'abandonne à votre imagination ce que pourra être la reconstitution d'un certain nombre de cas deux ans après l'événement Tchernobyl, car c'est pratiquement deux ans qui se seront écoulés. Refaire l'histoire, après ce délai, sera parfois fort compliqué.

Toutefois, je le répète, je ne m'oppose pas à cette disposition dans la mesure où, de deux maux, nous avons en tout cas évité le pire qui eût été de désigner nommément les maraîchers comme devant être l'objet de notre solidarité et d'exclure du même coup d'autres catégories.

En conclusion, comme l'a excellemment dit tout à l'heure votre rapporteur, nous ne prétendons pas apporter une nouvelle contribution générale au débat nucléaire qui anime le Parlement et l'opinion publique suisse à juste titre, d'une manière intense, actuellement. Ce n'est qu'un aspect des choses que nous avons examinées ici, ce n'est qu'une petite partie des conséquences matérielles sur l'agriculture que nous avons tirées, en sorte que vous voudrez bien comprendre, Madame Bühler et Monsieur Weber, que je ne veuille pas me lancer dans de brillantes improvisations sur le problème nucléaire en général, ni me risquer à apprécier le nombre de cas semblables auxquels nous pourrions être confrontés et l'attitude intelligente que nous devrions avoir à l'avenir pour éviter d'y être confrontés. Cela dépasse, de beaucoup, le cadre de la discussion et le cadre de l'arrêté qui est aujourd'hui soumis à votre approbation. Les considérations que vous avez faites sont dûment enregistrées et elles contribuent à alimenter un débat qui est bien loin d'être tari, c'est évident.

C'est alors que, pensant également à l'avenir et se posant un certain nombre de questions quant à la répétition de cas semblables, M. Gadiant se demande si le Conseil fédéral ne devrait pas examiner la possibilité de mettre sous toit des dispositions-cadre très générales dont il lui serait possible de faire usage le moment venu sans qu'il faille recommencer la création du droit à chaque fois, comme nous le faisons ici, tant il est vrai que nous manquons de bases juridiques pour deux catégories au moins de futurs bénéficiaires de l'aide de la Confédération.

C'est un débat qui n'est pas nouveau. Jusqu'à maintenant, le Conseil fédéral a tranché par la négative, considérant que la diversité des cas de catastrophe était telle qu'une législation générale ne pourrait être que très vague et ne permettrait pas en elle-même d'apporter la solution aux problèmes spécifiques qui se posent, selon le type de catastrophe qui s'est produite. Par conséquent, une législation extraordinaire serait de toute façon et presque chaque fois indispensable. Tout au plus pourrait-on imaginer que dans sa magnanimité le Parlement en remette l'examen et l'application au seul Conseil fédéral. C'est un problème que le Conseil fédéral n'a pas voulu traiter en tant que tel, et pour en arriver à cette conclusion il s'est référé à trois exemples. En 1976, où le Parlement a voté des dispositions pour une aide extraordinaire aux agriculteurs victimes de la sécheresse exceptionnelle qui s'était répandue sur le pays. C'est le cas des mesures spéciales que nous prévoyons – deuxième exemple – ici pour Tchernobyl, et c'est le cas des

mesures que nous sommes en train de prévoir pour venir en aide aux victimes des catastrophes de température et de précipitations de cet été – la délégation du Conseil fédéral rencontrera demain les représentants des quatre cantons touchés. On a bien dû se rendre compte que ces trois cas, les trois derniers que nous avons vécu, sont par leur nature tellement différents les uns des autres qu'il faut appliquer à chacun d'entre eux une législation quasiment spécifique et particulière. Je ne dis pas pour autant que le débat soit clos, vous l'avez rouvert, Monsieur le Conseiller aux Etats, le Conseil fédéral se penchera à nouveau sur le problème que vous avez évoqué.

Enfin, la responsabilité morale de l'URSS ne fait pas l'ombre d'un doute, mais les moyens de faire intervenir l'URSS autrement que par l'envoi de télégrammes de sympathie aux populations atteintes sont hélas extrêmement précaires. La Confédération les a engagés non sous la forme d'une note mais sous la forme d'une intervention orale. Les résultats auxquels nos voisins autrichiens sont parvenus ne sont évidemment pas de nature à nous encourager et, de surcroît, le fait que l'URSS ne soit pas partie aux conventions existantes qui, en elles-mêmes déjà sont trop faibles et insuffisantes pour permettre une démarche à succès, montrent bien les limites extrêmement étroites de l'espoir d'un succès. Comme ce n'est pas mon département qui instrumente ces dossiers-là, je ne suis pas renseigné sur l'aboutissement des démarches qui ont été faites cet été dans le cadre du comité d'experts du Conseil de l'Europe non plus que des dernières conclusions de l'Agence internationale de l'énergie atomique. Mais aux nouvelles dont j'étais porteur lors de la première séance de la commission, il se révélait que les travaux n'étaient pas terminés et qu'en tout cas la mise sous toit de nouveaux projets de conventions dont on espère qu'ils seraient plus efficaces et surtout qu'ils pourraient recueillir la signature et la ratification de tous les Etats de cette planète impliqués par la production atomique nucléaire sont encore aux balbutiements, de sorte que je ne pense pas que c'est dans l'immédiat que nous pourrions apporter – si tant est qu'on y parvienne une fois – un bulletin relativement satisfaisant des démarches qui sont engagées avec l'URSS.

Je résume en vous remerciant de voter l'arrêté fédéral que le Conseil vous propose, y compris les amendements que la commission y a ajoutés.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Titel

Grundsatz

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Zur Vermeidung von Härtefällen kann er weiteren Geschädigten der Bodenproduktion einen Teil des Schadens ersetzen.

Abs. 3

Streichen

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

En présence de cas de rigueur, elle peut compenser une partie de la perte subie par d'autres exploitants du secteur agricole.

Al. 3

Biffer

Gerber, Berichterstatter: Der erste Abschnitt ist neu von der Kommission als Abschnitt «Allgemeine Bestimmungen» vorgeschlagen. Der Artikel 1 enthält den Grundsatz, wobei die Schadenübernahme in den Fällen von Kleintierhaltern, Medizinal- und Gewürzproduzenten sowie von den Fischern am Luganersee im ersten Abschnitt festgehalten ist. In einem neuen, zweiten Abschnitt ist aufgenommen, dass zur Vermeidung von Härtefällen weiteren Geschädigten der Bodenproduktion ein Teil des Schadens ersetzt werden kann. Das ist die Neuerung, die Ihnen die Kommission vorschlägt.

Ich stelle fest, dass zum französischen Text noch einige redaktionelle Differenzen bestehen. Das müsste dann von der Redaktionskommission noch bereinigt werden.

Angenommen – Adopté

Art. 1a

Antrag der Kommission

Titel

Finanzhilfen

Abs. 1

Die Finanzhilfe beträgt höchstens 75% des anrechenbaren Schadens.

Abs. 2

Beiträge nach diesem Beschluss werden zurückgefordert oder gekürzt, soweit der Schaden aufgrund anderer Erlasse gedeckt wird.

Abs. 3

Beiträge unter 300 Franken werden nicht ausbezahlt.

Art. 1a

Proposition de la commission

Titre

Aide financière

Al. 1

L'indemnité allouée à titre d'aide financière représente au maximum 75 pour cent du dommage estimé.

Al. 2

Les indemnités allouées en vertu de présent arrêté seront remboursées en tout ou en partie si le dommage est couvert par d'autres dispositions légales.

Al. 3

Les indemnités inférieures à 300 francs ne seront pas versées.

Gerber, Berichterstatter: In Artikel 1a sind die Absätze 2 und 3 des früheren Artikels 1 und zusätzlich eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach Beiträge nach diesem Beschluss zurückgefordert oder gekürzt werden, soweit der Schaden aufgrund anderer Erlasse gedeckt ist. Für den Fall, dass aufgrund dieses Erlasses Auszahlungen erfolgen und der Bedachte dann noch über das Kernenergiehaftpflichtgesetz Forderungen anmeldet, müssten diese verrechnet werden.

Hefti: Zu Artikel 1a Absatz 2: Wenn wir Erlasse sagen, wären natürlich Zahlungen aus Völkerrecht nicht abgedeckt. Aber das kann vielleicht durch eine Erklärung präzisiert werden.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Selon la conception qu'avait la commission lors de la rédaction de l'alinéa 2, il devait y avoir indemnité si la prétention, compte tenu des critères que nous avons déterminés, se trouvait justifiée. En outre, il fallait que cette prétention s'inscrive dans l'esprit de l'ensemble de l'arrêté.

Präsident: Ich glaube, die Bemerkung von Kollege Hefti wird vom Zweitrat noch geprüft werden.

Gerber, Berichterstatter: Wir gingen von der Voraussetzung aus, dass von der Sowjetunion keine Zahlungen geltend gemacht werden können. Das ist der Grund, warum wir uns auf die Bezeichnung «Erlasse» verliessen. Immerhin, wenn das noch geändert werden sollte, müsste man die Sache neu überprüfen.

Hefti: Solche Erklärungen können wir natürlich nicht abgeben und zum voraus auf die völkerrechtlichen Ansprüche verzichten. Aber überlassen wir das dem Zweitrat.

Angenommen – Adopté

Art. 2 – 7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Titel

Antrag der Kommission

Abschnitt 4a: Härtefälle

Titre

Proposition de la commission

Section 4a: Cas de rigueur

Angenommen – Adopté

Art. 7a

Antrag der Kommission

Abs. 1

Der Bundesrat kann ausnahmsweise weiteren geschädigten Inhabern kleiner Betriebe, die in ihrer wirtschaftlichen Existenz durch die Katastrophe von Tschernobyl wesentlich beeinträchtigt sind, Finanzhilfe ausrichten.

Abs. 2

Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Art. 7a

Proposition de la commission

Al. 1

Le Conseil fédéral peut exceptionnellement accorder une aide financière à d'autres personnes lésées, à la tête de petites entreprises dont l'existence économique a été fondamentalement perturbée par les retombées radioactives.

Al. 2

Le Conseil fédéral règle les détails.

Gerber, Berichterstatter: In Artikel 7a werden nun die Härtefälle umschrieben. Der Bundesrat kann ausnahmsweise weiteren geschädigten Inhabern kleiner Betriebe, die in ihrer wirtschaftlichen Existenz durch die Katastrophe von Tschernobyl wesentlich beeinträchtigt worden sind, Finanzhilfe ausrichten.

Das ist die Umschreibung des Grundsatzes in Artikel 1.

Angenommen – Adopté

Art. 8 – 10

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 11

Antrag der Kommission

Titel

Vollzug

Text

Der Bundesrat vollzieht diesen Bundesbeschluss.

Art. 11

Proposition de la commission

Titre

Exécution

Texte

Le Conseil fédéral est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Gerber, Berichterstatter: Die Schlussbestimmungen haben wir neu formuliert. In einem Artikel 11 wird der Vollzug geregelt, und zwar vollzieht nach dieser Bestimmung der Bundesrat diesen Bundesbeschluss. In Artikel 11a werden dann die Ansprüche neu angemeldet.

Angenommen – Adopté

Art. 11a

Antrag der Kommission

Titel

Anmeldung der Ansprüche

Text

Ansprüche auf Leistungen müssen während der Geltungsdauer dieses Beschlusses bei den vom Bundesrat bezeichneten Amtsstellen angemeldet werden.

Art. 11a

Proposition de la commission

Titre

Annonce des prétentions

Texte

Les demandeurs d'aide financière doivent s'annoncer auprès des Offices désignés par le Conseil fédéral pendant la durée de validité du présent arrêté.

Angenommen – Adopté

Art. 12

Antrag der Kommission

Titel

Referendum und Inkrafttreten

Abs. 1

Dieser Beschluss ist allgemeinverbindlich; er untersteht dem fakultativen Referendum.

Abs. 2

Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Abs. 3

Der Beschluss gilt bis 6 Monate nach der Aufhebung der Verordnung vom 3. September 1986 über ein Verbot des Fischfangs im Luganersee, mindestens aber bis zum 31. Dezember 1988.

Art. 12

Proposition de la commission

Titre

Référendum et entrée en vigueur

Al. 1

Le présent arrêté, qui est de portée générale, est soumis au référendum facultatif.

Al. 2

Le Conseil fédéral fixe la date de son entrée en vigueur.

Al. 3

Cet arrêté produit effet six mois au delà de l'abrogation de l'Ordonnance du 3 septembre 1986 sur l'interdiction de la pêche dans le lac de Lugano, mais jusqu'au 31 décembre 1988 au moins.

Gerber, Berichterstatter: Hier ist festgehalten, dass der Beschluss allgemeinverbindlich ist und dem fakultativen Referendum untersteht und dass der Bundesrat das Inkrafttreten bestimmt. Im übrigen wird im Absatz 3 übernommen, was im Absatz 2 vom alten Artikel 12 festgehalten ist.

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusentwurfes 28 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

*Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr
La séance est levée à 12 h 30*

Vierte Sitzung – Quatrième séance

**Donnerstag, 24. September 1987, Vormittag
Jeudi 24 septembre 1987, matin**

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Dobler

87.018

Rüstungsprogramm 1987 Programme d'armement 1987

Botschaft und Beschlusentwurf vom 16. März 1987 (BBl I, 1177)
Message et projet d'arrêté du 16 mars 1987 (FF I, 1161)
Beschluss des Nationalrates vom 18. Juni 1987
Décision du Conseil national du 18 juin 1987

Antrag der Kommission

Eintreten und Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Entrer en matière et adhérer à la décision du Conseil national

Kündig, Berichterstatter: Das Rüstungsprogramm dieses Jahres umfasst Vorhaben für 1842 Millionen Franken. Das Schwergewicht liegt bei der Infanterie, wie schon im letzten Jahre. Diese Mittelzuteilung entspricht den Wünschen des Parlaments, nachdem 1984 über 3 Milliarden für Panzer bewilligt worden sind. Es wäre aber falsch, die Mittel einseitig nur für die Infanterie zu verwenden. Auch bei der militärischen Landesverteidigung gilt die Regel, dass nur das Zusammenwirken aller Elemente zum Erfolg führt.

Es ist deshalb wichtig, bei jeder Beschaffung von Waffen und Geräten den Gesamtzusammenhang mit der Konzeption der militärischen Landesverteidigung zu sehen. Um dem Parlament für die Entscheide periodisch einen Ueberblick zu geben, hat der Bundesrat in den letzten Jahren systematisch in der Form von Berichten wichtige Konzeptionsfragen zur Diskussion gestellt. Die wichtigsten Berichte mögen kurz genannt werden:

- Konzeption der militärischen Landesverteidigung 1966;
- Sicherheitspolitik der Schweiz 1973;
- Bericht 1985 über das Armeeleitbild.

Die heute gültige Konzeption der militärischen Landesverteidigung ist im Bericht von 1966 dargelegt und ist das Resultat eines echten Kompromisses nach einem rund 15 Jahre dauernden Konzeptionsstreit. Das heute zur Diskussion stehende Rüstungsprogramm entspricht voll und ganz der gültigen Konzeption. Die einzelnen Vorhaben des Rüstungsprogramms 1987 sind in der Botschaft ausführlich beschrieben, was zu begrüßen ist. Ich kann mich auf wenige Schwerpunkte beschränken.

Sturmgewehr 90 und zugehörige Munition: Für dieses Vorhaben werden 515 Millionen Franken beantragt. Viele von Ihnen können sich an die Diskussion in der Presse vor 4 Jahren erinnern, als es darum ging, eine erste Vorserie von 15 000 neuen Sturmgewehren 90 in Auftrag zu geben. Innerhalb des EMD herrschte damals Uneinigkeit, ob der finanzielle Aufwand für ein neues Gewehr verantwortet werden könne. Andere wollten gleich eine noch neuere Technik, die des hülsenlosen Gewehrs, wählen. Die deutsche Firma, die damals zum Zuge kommen wollte, war nicht untätig. In der Zwischenzeit sind die Kritiker aus beiden Lagern verstummt. Die Befürworter haben Recht erhalten. Die Soldaten, die

Katastrophe von Tschernobyl. Abgeltung von Schäden

Catastrophe de Tchernobyl. Indemnités

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.046
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.09.1987 - 08:00
Date	
Data	
Seite	467-475
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 903

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.